

Von der Umma der Muslime zur Umma der Menschheit¹

Politische, theologische, normative und identitätsstiftende Dimensionen

Mouhanad Khorchide

Um auf die Frage, ob im Islam die Zugehörigkeit zur Glaubensgemeinschaft (Umma) heilsnotwendig ist, antworten zu können, ist es zuerst notwendig, auf die Bedeutung des Begriffs Umma und seine Ausprägungen innerhalb der islamischen Ideengeschichte einzugehen. Denn wenn im islamischen Kontext von Umma die Rede ist, dann muss zwischen vier Dimensionen der Umma unterschieden werden: der politischen, der theologischen, der normativen und der identitätsstiftenden Dimension. Die althergebrachte erstgenannte Dimension betrifft die Umma als politische Einheit aller Muslime mit einem Kalifen bzw. Imam an der Spitze. Die theologische Dimension betrifft die theologischen Bedingungen für die Zugehörigkeit zur Umma. Wie wird Muslimsein theologisch definiert, wer ist nach der islamischen Theologie ein Muslim, wer nicht? Die normative Dimension betrifft die Bedeutung der Umma als eine normgebende Einheit. Das, was in der islamischen Lehre unter dem Begriff *iğmā'* (Konsens) bekannt ist. Die identitätsstiftende Dimension schließlich betrifft die soziale Zugehörigkeit zur Umma als translokale Identität, die einen Bezugspunkt für Muslime in aller Welt darstellt und so eine imaginäre bzw. ideelle Gemeinschaft konstituiert.

Diese vier Dimensionen beeinflussen sich gegenseitig sehr stark, weshalb der Begriff Umma heute weder rein politisch noch rein dogmatisch, normativ oder sozial zu verstehen ist; er ist vielmehr ein Produkt der Verflochtenheit dieser unterschiedlichen Dimensionen.

1 Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine überarbeitete und erweiterte Fassung von Teilen des zusammen mit Klaus von Stosch verfassten Aufsatzes »Umma und Kirche«, in: Theologie und Glauben 100 (2010), 344–360.

1. Die politische Dimension der Umma

Im Jahre 622 gründete Muhammad nach seiner Auswanderung nach Medina das erste islamische Staatswesen. In Medina konnte er schnell die verschiedenen Stämme unter einem Dach vereinen. Kurz nach seiner Ankunft unterzeichnete der Prophet mit der Bevölkerung Medinas (dazu gehörten jüdische und arabische Stämme, aber auch seine Anhänger aus Mekka, die mit ihm ausgewandert waren) den berühmten Vertrag von Medina.² Laut diesem Vertrag standen nicht nur allen namentlich angeführten Vertretern des Islams und Judentums die gleichen Rechte und Pflichten zu, sondern auch die Religionen selbst wurden anerkannt. Und so bildeten die Juden nach diesem Vertrag eine Umma mit den Muslimen: »Die Juden hatten ihre Religion und die Muslime die ihrige.«³ Die Mekkaner, die mit dem Propheten nach Medina einwanderten (*Muhāğirūn*), und die Medinenser, die ihm Schutz boten (*Anṣār*), genossen laut diesem Vertrag Gleichstellung. Alle im Vertrag aufgelisteten Stämme und Sippen gewährten einander Schutz. Man würde mit unseren heutigen Termini sagen, dass die Entwicklung auf die Konstituierung einer Nation zulief. Nun brauchte diese Gesellschaft eine rechtliche Grundlage. Muhammad begann daher in Medina, an den Grundlagen für die Errichtung eines »Rechtsstaates« zu arbeiten. Dabei war er sowohl geistiges als auch politisches Oberhaupt dieser Gemeinschaft.

Kurz nach dem Ableben des Propheten fand der erste Streit um die politische Nachfolgerschaft statt. Die Gruppe der *Muhāğirūn* – also diejenigen, die mit dem Propheten Muhammad im Jahre 622 von Mekka nach Medina ausgewandert waren – bestand darauf, dass jemand von ihnen den Nachfolger Muhammads, den »Kalifen«, stellen solle. Die Gruppe der *Anṣār* – das sind diejenigen, die den Propheten in Medina empfingen und ihm und den anderen Muslimen Schutz geboten hatten – versuchten dagegen durchzusetzen, dass der Kalif aus ihrer Mitte stammen solle. Der Stamm der Banū Hāšim, von dem Muhammad selbst abstammte und zu dem auch der spätere vierte Kalif und Neffe des Pro-

2 Vgl. *Ibn Hišām*, *Sīrat Ibn Hišām* (= Die Prophetenbiographie nach Ibn Hišām), Beirut 1990, Bd. 2, 143 f.

3 Ebd. 144. Vgl. weiter dazu die grundlegende Studie von *Julius Wellhausen*, *Medina vor dem Islam; Muhammads Gemeindeordnung von Medina. Seine Schreiben und die Gesandtschaften an ihn*, Berlin 1985.